

Der Präsident

Herrn
Ministerpräsident
Tobias Hans
Staatskanzlei
Am Ludwigsplatz 14
66117 Saarbrücken

Saarbrücken, 15.01.2021

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Herr Hans,

mit größter Sorge beobachten wir die aktuellen Diskussionen im politischen Raum, in denen zuletzt immer wieder eine Verpflichtung der Unternehmen zum Homeoffice und ein verschärfter Lockdown der Wirtschaft gefordert wird. Beides halten wir für falsch, populistisch und im Falle eines weiteren harten Lockdowns der Unternehmen auch für höchst riskant.

Gerne erläutere ich Ihnen meine Gedanken dazu. Die Zahlen des Robert-Koch-Instituts belegen, dass die Arbeitsplätze gerade nicht als signifikanter Infektionsherd identifiziert werden können. Vielmehr findet die Übertragung des Virus demnach vor allem im wenig gesicherten privaten und öffentlichen Bereich statt. Vor allem aber treten die Infektionen bei den nicht ausreichend geschützten vulnerablen Gruppen in Alten- und Pflegeheimen auf. Eine aus unserer Sicht dramatische Entwicklung, die wir aber nicht aufhalten können, indem wir die saarländischen Unternehmen stilllegen. Vielmehr gilt es, die Bevölkerung als mündige Bürger weiter in die Pflicht zu nehmen, sich an die Vorsichtsregeln zu halten.

Einen Lockdown der Unternehmen halten wir für volkswirtschaftlich höchst gefährlich. Viele Unternehmen im Saarland kämpfen um ihr Überleben, während von den als unbürokratisch, schnell und großzügig angekündigten November- und Dezemberhilfen gerade einmal vier Prozent in Form von Abschlägen an die notleidenden Betriebe ausgezahlt wurden. Schon der erste Lockdown hat, wie aktuelle Zahlen zeigen, die Gesamtwirtschaftsleistung um fünf Prozent einbrechen lassen. Deshalb ist es umso wichtiger, zumindest die Industriebetriebe, die wesentliche Teile der Wertschöpfung erarbeiten, offenzuhalten. Gleichzeitig gilt es, die versprochenen Hilfen so schnell wie möglich auszuzahlen, und den Unternehmen, die vom aktuellen Lockdown betroffen sind, Öffnungsperspektiven zu bieten. Wir brauchen dringend nicht nur Szenarien für ein Herunterfahren der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens, wir müssen auch Bedingungen formulieren und kommunizieren, unter denen Lockerungen eintreten.

Abstand, Desinfektion, Maske, Lüften und Information gehören in den saarländischen Industrieunternehmen längst zum gelebten Alltag. Sie sind Teil der scharfen Covid-19-Arbeitsschutzstandards, die eine Infektion am Arbeitsplatz weitestgehend verhindern. Das bestätigt auch eine aktuelle Befragung des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sehr eindrücklich. Wenn tatsächlich ein Covid-Fall auftritt – meist nach einer Ansteckung im privaten Bereich – ist angesichts der breitflächig ausgerollten Arbeitsschutzkonzepte auch eine Nachverfolgung der Kontakte und eine Isolation der Beschäftigten deutlich leichter als im Privatsektor. Der Nutzen eines Lockdowns wäre aus unserer Sicht daher gering, der Schaden dagegen riesig.

Unangebracht finde ich die aktuelle „Homeoffice-Debatte“, insbesondere den Vorwurf, die Unternehmen würden ihre Mitarbeiter weiterhin ins Büro beordern, obwohl diese faktisch auch mobil arbeiten können. Wie das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) erst vor wenigen Tagen gemeldet hat, sind es gerade einmal 13 Prozent der Beschäftigten, die theoretisch auch von zuhause arbeiten könnten, dies aktuell aber nicht dürfen. Umgekehrt heißt dies, dass die Unternehmen mobiles Arbeiten in neun von zehn Fällen ermöglichen. Seit Beginn der Pandemie hat es in diesem Bereich einen enormen Schub gegeben. Von einer Verweigerungshaltung der Unternehmen zu sprechen, gar mit Strafen zu drohen, halte ich deshalb für vollkommen unangemessen.

Wir befürworten die Möglichkeit zur mobilen Arbeit, da wo es sinnvoll ist. Unabhängig davon, dass die Entscheidungshoheit über den Einsatzort der Mitarbeiter grundsätzlich bei dem Unternehmen liegt, gibt es häufig auch ganz praktische Gründe, die eine Umstellung auf Homeoffice nicht möglich machen. Denn gerade in abgelegenen Gegenden wie auch bei kleineren, wenig finanzstarken Unternehmen fehlt es schlicht an der Organisation und Infrastruktur, die einen solch massiven Systemwechsel erst ermöglichen, von der Leitungskapazität der Internetanbindungen – auch im häuslichen Umfeld der Mitarbeiter – ganz zu schweigen. Aus eigenen Erfahrungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, wie zum Beispiel bei der Digitalisierung der Gesundheitsämter, sollte politischen Vertretern klar sein, dass solche Systemwechsel Zeit benötigen. Faktisch sind sie auch teuer – und viele kleinere Unternehmen kämpfen angesichts der Corona-Pandemie bereits um ihre Existenz. Für eine komplette Umstellung des IT-Systems fehlen da schlicht die Mittel.

Gleichzeitig klagen inzwischen mehr Mitarbeiter, die ihre Arbeit im privaten Umfeld erledigen, über eine erhebliche psychische Belastung. Auch deshalb ist bei zahlreichen Beschäftigten der Wunsch nach mobilem Arbeiten nach den Erfahrungen des ersten Lockdowns deutlich zurückgegangen.

Lieber Herr Hans, wir haben größtes Verständnis für die Nöte der Politik im Rahmen dieser Krise. Sie müssen weitreichende politische Entscheidungen treffen und können dabei häufig nur auf Sicht fahren. Häufig bergen diese Entscheidung das Risiko, nicht den gewünschten Erfolg zu erreichen. Die weiterhin hohen Infektionszahlen vor allem in Alten- und Pflegeheimen trotz des Lockdowns zeigen dies schmerzlich. Um für den Fall eines harten Lockdowns im Bild zu bleiben: Jetzt auf Geratewohl Vollgas zu geben in der Hoffnung den Nebel zu verlassen, hielten wir für zu undifferenziert und für die falsche Entscheidung. Vielmehr ist es aus unserer Sicht alternativlos, alle Energie auf den Impfprozess zu setzen und weiter den Fokus auf Infektionsschutz im privaten und öffentlichen Umfeld zu legen. Erst wenn eine breite Immunität erreicht ist, können wir auf eine Normalisierung hoffen. Bis dahin das Land stillzulegen, können wir den Menschen immer weniger vermitteln und auch auf Dauer schlicht nicht leisten.

Wir bitten Sie, in der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass diese Vorhaben nicht weiterverfolgt werden. Zudem wären wir dankbar, wenn wir uns im direkten Kontakt zu den angesprochenen und weiteren Punkten austauschen könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Oswald Bubel